

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und wirtschaftspolitischen
Sprechers**

Christoph Bratmann, MdL

zu TOP Nr. 22

Abschließende Beratung

**Die NBank als zentrales Förderinstitut stärken und neu
ausrichten**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/3983

während der Plenarsitzung vom 21.05.2025
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, zu meinem Vorredner kann ich nur sagen: Wer nicht an den menschengemachten Klimawandel glaubt, der glaubt auch nicht an Förderprogramme zu mehr Nachhaltigkeit und zu mehr Klimaschutz. Da liegen wir fundamental auseinander. Ich glaube, das gilt für alle drei demokratischen Fraktionen hier im Hause, und deswegen muss ich jetzt nicht weiter auf diesen Wortbeitrag eingehen.

Ich gehe aber gern auf den Kollegen Hilbers ein. Wir sind ja gar nicht weit auseinander, was die NBank angeht. Die Stärkung der NBank ist ein Anliegen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Das haben wir auch in den Ausschussberatungen immer wieder klargemacht. Klar ist aber auch - und da war ja die Frage vom Kollegen Willeke nicht ganz unberechtigt -, dass die CDU in der letzten Legislaturperiode nicht nur den Finanzminister, sondern auch den Wirtschaftsminister gestellt hat. Sie hätte also alle Möglichkeiten gehabt, die NBank in dieser Phase zu stärken. Es ist aber leider nicht über das Schreiben von Papieren hinausgekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Im Gegensatz dazu handelt Rot-Grün jetzt, und wir brauchen dazu auch keine Entschließungsanträge, weil wir einen klaren Passus im Koalitionsvertrag haben - da waren wir uns eben auch einig -, den kann ich hier mal zitieren. Er lautet:

„Für die Umsetzung der Förderprogramme kommt der Investitions- und Förderbank Niedersachsen (NBank) zentrale Bedeutung zu. Wir wollen die Eigenkapitalbasis der NBank sowohl für die Auflage neuer Förderangebote als auch bei der Refinanzierung erweitern. Ferner werden wir möglichst einfache bürokratiearme und digitale Antrags- und Bewilligungsverfahren etablieren.“

Wer die Rückmeldungen aus der Wirtschaft und der Antragsteller hört, der weiß, dass das noch eine große Herausforderung und noch ein relativ weiter Weg ist. Richtig aber ist, dass sich diese Landesregierung Hand in Hand mit den regierungstragenden Fraktionen längst auf diesen Weg gemacht hat, dass wir also umsetzen und dass deswegen der CDU-Antrag in weiten Teilen obsolet ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir sind uns in wichtigen Punkten einig: Wir sind uns einig, dass wir die NBank stärken müssen, indem wir Transformation, Digitalisierung und intelligente Förderprojekte brauchen und indem wir künftig neben Zuschussprogrammen stärker als bisher rückzahlbare Darlehen brauchen. Klar ist, dass Zinssubventionierungen und Haftungserleichterungen den Mehrwert von Krediten für Unternehmen stärken, und klar ist auch, dass das Antragsverfahren, wie schon gesagt, möglichst zügig, einfach und digital über die Bühne gehen soll.

Ich gehe auf ein paar Forderungen ein, die in dem CDU-Antrag erhoben werden; denn einige sind in Umsetzung, einige lehnen wir ab, und einige sind obsolet geworden. Das zeigt: Wir liegen nicht fundamental auseinander, sondern wir haben nur andere, aber, ich glaube, auch realistischere Vorstellungen davon, wie wir die NBank stärken können.

Der Ausbau der NBank zur zentralen Förderbank, den Sie im Antrag fordern, ist längst Realität. Die CDU möchte die NBank als zentrale Anlaufstelle für Förderungen und Finanzierungen aufstellen. Das ist heute schon gelebte Praxis. Die NBank berät, die NBank finanziert in vielen Förderbereichen - von der Wirtschaft und dem Wohnungsbau bis hin zur sozialen Infrastruktur. Sie agiert dabei zunehmend im Hausbankverfahren und nimmt bereits heute eine zentrale Rolle ein. Dieser Punkt ist also obsolet.

Sie wollen das Eigenkapital erhöhen und den Wohnraumförderfonds in die NBank einbringen. Auch das ist in Umsetzung. Ausdrücklich unterstreichen möchte ich: Die Forderung, Teile des Wohnraumförderfonds in das Eigenkapital der NBank zu überführen, ist keine CDU-Innovation, sondern Bestandteil des strategischen Handelns dieser Landesregierung. Eine Umsetzung ist zum 1. Juli 2026 vorgesehen. Das Ziel ist klar: Erhöhung der Risikotragfähigkeit und Ausbau der Fördermöglichkeiten, insbesondere im Bereich zinsverbilligter Darlehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Auf die Anpassung des NBank-Gesetzes bin ich eben in Reaktion auf den Einwurf des Kollegen Hilbers eingegangen.

Sie fordern auch eine enge Abstimmung mit der NORD/LB. Das ist auch bereits etabliert. Diese Forderung läuft ebenfalls ins Leere; denn die Arbeitsteilung zwischen NBank und NORD/LB ist klar geregelt. Beide Institute kooperieren da, wo es sinnvoll ist, etwa bei großen Infrastrukturvorhaben, und vermeiden Doppelstrukturen. Eine stärkere Verzahnung findet statt. Eine solche Forderung ist also nicht mehr notwendig.

Sie fordern ferner die Straffung der Förderprogramme auf Zukunftsthemen. Auch das ist bereits umgesetzt. Es ist auch klargeworden, wo der Dissens mit der AfD liegt.

Dann wird es interessant; denn die CDU fordert eine Konzentration auf Digitalisierung, Transformation, Innovation und Nachhaltigkeit. Das tun wir längst. Die Zuschussförderung wird angesichts der Haushaltslage zunehmend durch revolvingende Darlehen ersetzt. Kleinteilige Programme werden zusammengeführt und evaluiert. Der Prozess ist nicht abgeschlossen, aber er ist längst Teil der strategischen Weiterentwicklung der NBank. Wir werden im Ausschuss auch diese

Entwicklung weiter beobachten. Wir werden das Gespräch mit der NBank suchen. Wir werden uns unterrichten lassen. Ich glaube, darin sind wir uns einig.

Sie fordern auch eine Bündelung der Förderprogramme bei der NBank. Diese Forderung ist bei Weitem nicht in allen Punkten sinnvoll. Sie ist auch nicht praktikabel; denn viele Förderprogramme sind rechtlich, fachlich und organisatorisch an spezielle Zuständigkeiten gebunden, etwa in der Landwirtschaft, im Wohnungsbau oder in den Ämtern für regionale Landesentwicklung. Eine vollständige Zentralisierung der NBank würde eher neue Reibungsverluste schaffen, als Synergien zu heben. Sie haben auch auf die Reform der Regierung Wulff vor über 20 Jahren angespielt. Auch da war Zentralisierung nicht an jeder Stelle sinnvoll. Beispielsweise die Zerschlagung der Bezirksregierungen hat eher für Probleme gesorgt, als dass sie welche gelöst hat.

Eine weitere Forderung betrifft die Umstellung auf Darlehensförderung. Ich habe schon angeführt, dass das bereits im Gang ist. Die NBank erarbeitet aktuell neue Kreditprogramme, die insbesondere die private Investitionsbereitschaft hebeln sollen. Das ist eines der wichtigen Ziele. Zuschüsse werden auch künftig dort notwendig bleiben, wo sie soziale strukturelle Lücken schließen.

Abschließend kann ich sagen: Das ist ein Antrag mit wenig Mehrwert, weil, wie gesagt, vieles in Umsetzung ist und manches obsolet ist. Sie versuchen damit, Ihre Versäumnisse von gestern aufzuarbeiten.

Nichtsdestotrotz waren die Beratungen im Ausschuss gut, weil wir uns in einem wichtigen Ziel einig sind: Wir brauchen die NBank. Wir brauchen die NBank auch zukünftig stärker denn je. Wir wollen die NBank stärker aufstellen. Die Eigenkapitalstärkung ist dazu der richtige Weg. Von daher freue ich mich auf weitere Debatten. Aber heute werden wir diesen Antrag ablehnen, und das aus voller Überzeugung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für die Aufmerksamkeit.